

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2010



Den Rauswurf müssen die Griechen nicht fürchten

Auch sanfte Naturen fühlen sich in diesen Wochen geneigt, die Krise der „Europäischen Währungsunion“ mit einem politischen Kraftakt zu lösen. Nicht nur vereinzelt ist in Diskussionen über das Schicksal des Euro und die Kosten von Hilfen für Griechenland zu hören: „Am besten wäre, die Griechen würden aus der Währungsunion rausgeworfen. Sie haben über Jahre hin ihre Finanzlage verschleiert. Jetzt sollen sie sich selber aus ihrem Schuldenloch befreien.“

Das klingt unfreundlich, ist aber nicht ganz unverständlich: Es geht immerhin um einen mehrstelligen Milliardenbetrag, den Fachleute für nötig halten, um Griechenland vor einer Staatspleite zu bewahren, die den Euro an den Währungsbörsen der Welt belasten könnte. Nun könnten die Griechen zwar eine Abwertung des Euro gegenüber den Nicht-Euro-Ländern der Welt gut vertragen, weil sie sich damit über steigende Exporte eine finanzielle Erleichterung erarbeiten könnten. Aber größer als die Chance, dass ihnen das gelingt, wäre die Gefahr, dass der Weltwährungsmarkt in schwere Wetter geriete. Jedenfalls wird davor gewarnt.

Und deshalb fragt eben so mancher: „Warum wird Griechenland nicht aus der Währungsunion ausgeschlossen?“ Die Antwort ist leicht zu geben. Die europäischen Verträge sehen einen Rauswurf nicht vor. Und was nicht vorgesehen ist, kann es nach den Verträgen nicht geben. Erst seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon im Jahr 2007 ist es möglich, aus der Europäischen Union auf eigene Initiative auszutreten. Aber der Ausschluss eines Landes ist auch in „Lissabon“, wie die Europa-politiker verkürzend sagen, nicht vorgesehen und damit nach geltendem Recht nicht möglich.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angedeutet, man könne für künftige Fälle an eine Änderung denken. Sie sollte es nicht vergessen!

Hans D. Barbier

Stagnierende Studienabbrecherquoten

Von je 100 Studienanfängern brechen 20 Studierende an Universitäten und 22 an Fachhochschulen ihr Studium vorzeitig ab. An erster Stelle für den Abbruch stehen Leistungsprobleme: 20 Prozent der Studienabbrecher geben einer Umfrage der Hochschul-Informationssystem GmbH zufolge an, den Anforderungen des Studiums nicht gerecht zu werden. Sie konnten den Lehrstoff nicht bewältigen, fühlten sich dem Leistungsdruck nicht gewachsen oder empfanden die Leistungsanforderungen als zu hoch. Hinzu kommen elf Prozent der Studienabbrecher, die Prüfungen nicht bestanden haben und deshalb aufgeben.

19 Prozent der befragten Abbrecher scheitern an der Studienfinanzierung. Das sind nicht nur finanzielle Engpässe, sondern auch Schwierigkeiten, Erwerbstätigkeit und Studienverpflichtungen miteinander zu vereinbaren. Ähnlich bedeutend ist das vorzeitige Studienende aufgrund mangelnder Motivation: 18 Prozent aller Abbrecher bezeichnen diesen Aspekt als entscheidend. Sie identifizieren sich nicht mehr mit ihrem Studienfach und den sich daraus ergebenden beruflichen Möglichkeiten. Alles in allem sind die genannten drei Motive für mehr als zwei Drittel der Studienabbrecher ausschlaggebend.

www.his.de/pdf/21

Ökosteuer senkt CO₂-Ausstoß nur minimal

Am 1. April 1999 trat das „Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform“ in Kraft. Das Ziel der damaligen Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen war, den Verbrauch fossiler Kraftstoffe – und damit den CO₂-Ausstoß – über eine höhere Energiebesteuerung zu verringern. Dazu wurden unter anderem die Steuersätze auf Benzin- und Dieselmotoren zwischen 1999 und 2003 jedes Jahr um sechs Pfennig bzw. drei Cent pro Liter erhöht. Durch die Ökosteuer sind die Preise für Benzin und Diesel um über 20 Prozent gestiegen. Die Einnahmen aus der Ökosteuer wurden hauptsächlich zur Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung verwendet.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat untersucht, ob die Ökosteuer das Ziel, CO₂-Emissionen zu verringern, erreicht hat. Das Ergebnis: Haushalte mit PKW haben durch die Ökosteuer den CO₂-Ausstoß um gut vier Prozent reduziert, um jährlich 120 kg bei einem Gesamtausstoß von 2,8 Tonnen. Damit zeige die Ökosteuer zwar Wirkung, aber in viel geringerem Ausmaß als ursprünglich beabsichtigt. Für die DIW-Experten steht fest: Ambitionierte Umweltziele sind nur bei effizientem Einsatz mehrerer Maßnahmen er-

reichbar. Sie empfehlen der Politik neben einer weiteren Erhöhung der Steuern auf Benzin und Diesel eine reine CO₂-bezogene Kfz-Steuer sowie die Verbesserung der Fahrzeugeffizienz.

www.diw.de

Familienpolitik als Unternehmensziel?

Wer Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu betreuen hat, steht als Berufstätiger vor großen Herausforderungen. Viele Unternehmen begreifen den täglichen Spagat nicht länger als Privatsache der Betroffenen, sondern sehen sich auch in der Verantwortung: Das steht zumindest im „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010“, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt hat (siehe Webseite des Ministeriums, Link „Publikationen“).

Acht von zehn befragten Unternehmen (79,8 Prozent) schätzen die Bedeutung von Familienfreundlichkeit für das Wohlergehen des Betriebes als „wichtig“ oder „eher wichtig“ ein. Dies sind etwas mehr als bei der Befragung 2006 (71,7 Prozent) und deutlich mehr als im Unternehmensmonitor 2003 (46,5 Prozent). Mehr als 90 Prozent der rund 1 300 befragten Unternehmen gaben an, dass sie durch ihr familienpolitisches Engagement qualifizierte Mitarbeiter halten oder gewinnen wollen. In welchem Umfang gesetzliche Vorgaben ursächlich für die gestiegene Wertschätzung familiärer Belange sind, lässt die Befragung nicht erkennen.

www.bmfsfj.de

Landärzte gesucht

Vor allem in ländlichen Regionen sollen Arztpraxen leer stehen, die keine Nachfolger finden. Eine Reform des Medizinstudiums soll nach Auffassung des Bundesgesundheitsministers in Zukunft die medizinische Versorgung auf dem Land sicherstellen.

Den Zahlen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zufolge fehlen in Deutschland rund 3 600 niedergelassene Ärzte. Mangel herrscht nicht nur bei Fachärzten: Hausärzte machen mehr als die Hälfte der gesuchten Mediziner aus. Und das, obwohl die Zahl der Ärzte seit Jahren kontinuierlich steigt. Die Gesamtzahl der berufstätigen Ärzte nahm zwischen 1990 und 2008 um knapp ein Drittel auf rund 320 000 zu.

In Deutschland kümmern sich 350 Ärzten je 100 000 Einwohner um Patienten; die sogenannte Ärztedichte im Durchschnitt aller OECD-Länder liegt dagegen bei 310. Die Ärztevereinigungen sehen darin keinen Widerspruch. Der medizinische Fortschritt erfordere mehr Spezialisten, und der steigende Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung bedeute höhere Nachfrage nach Ärzten. Außerdem führe der Trend zur Arbeitszeitverkürzung dazu, dass das Arbeitsvolumen auf mehr Ärzte verteilt werden müsse.

Gescheiterte Bedarfsplanung

Für eine sichere, flächendeckende medizinische Versorgung in Deutschland sind siebzehn Kassenärztliche Vereinigungen (KV) zuständig. Sie garantieren, dass „jeder Bürger einen Arzt findet, der ihn wohnortnah und bei Bedarf rund um die Uhr qualita-

tiv hochwertig versorgt“. Dafür stellen sie gemeinsam mit den Krankenkassen Bedarfspläne auf.

Die Pläne zeigen, wie viele Ärzte einer bestimmten Fachrichtung in einer Region praktizieren dürfen. Ist in einem Bereich eine bestimmte Versorgungsdichte erreicht, darf keine neue Praxis gegründet, sondern nur eine bereits bestehende übernommen werden.

In Deutschland sind Arztpraxen ungleich verteilt. Vor allem in ländlichen Regionen sollen Ärzte fehlen. Der Grund: Eine KV kann einem Arzt zwar die Genehmigung verweigern, sich in einem überversorgten Gebiet niederzulassen, sie kann aber keinen Mediziner zwingen, in einem unterversorgten Gebiet zu praktizieren. In einigen Regionen lockt sie deshalb mit Investitionszuschüssen und Umsatzgarantien; manche Gemeinden stellen zudem günstige Praxisräume bereit.

Doch junge Ärzte zieht es eher in die Städte als aufs Land. Da Landärzte in der Regel mehr Patienten zu versorgen haben, müssen sie länger arbeiten und haben weitere Anfahrtswege bei Hausbesuchen. Häufig verdienen sie auch weniger als ihre Kollegen in der Stadt: Hausärzte stehen auf der Honorarliste hinter vielen Fachärzten, zum Beispiel Radiologen oder Augenärzten. In strukturschwa-

chen Regionen gibt es zudem weniger privatversicherte Patienten, mit deren Behandlung ein Kassenarzt seine Einkünfte aufbessern könnte. Insgesamt ist eine Facharztstelle in der Stadt reizvoller als eine Hausarztpraxis auf dem Land.

Mehr Studienplätze – mehr Landärzte?

Von den rund 150 000 niedergelassenen Ärzten ist jeder zweite älter als 55 Jahre; in den kommenden Jahren werden mehr als 20 000 von ihnen in den Ruhestand treten. Dem sich abzeichnenden Ärztemangel will Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler nun mit einer Reform des Medizinstudiums entgegenreten – und zugleich die ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen.

Zum einen soll ein Teil der Studienplätze bevorzugt an Bewerber vergeben werden, die sich verpflichten, nach Ende des Studiums ein paar Jahre in einem unterversorgten Gebiet zu praktizieren. Der passende Begriff ist auch schon gefunden: „Landarztquote“.

Zum anderen soll der Numerus Clausus (NC) im Fach Medizin – derzeit liegt er bei einer Abiturnote von 1,4 – abgeschafft werden. Zurzeit werden 20 Prozent der Plätze von der „Zentralen Vergabestelle für Studienplätze“ (ZVS) nach Abiturnote, weite-



„Freiberuflichkeit hat das Ziel, den Ärzten die Freiräume zu geben, vorrangig nach medizinischen Aspekten zu entscheiden.“
Philipp Rösler, Bundesminister für Gesundheit

re 20 Prozent nach Wartesemestern verteilt; die restlichen 60 Prozent vergeben die Universitäten nach eigenen Verfahren. Bundesminister Rösler will den Auswahlgesprächen der Hochschulen künftig noch mehr Beachtung schenken. Schließlich sage ein guter Notendurchschnitt wenig darüber aus, ob man ein guter Arzt werde. Auch Rettungsassistenten, Sanitäter oder Krankenschwestern sollen leichteren Zugang zum Medizinstudium erhalten.

Im Wintersemester 2009/2010 kamen rein rechnerisch 4,4 Bewerber auf einen Studienplatz. Als Reaktion auf die „Ärztenschwemme“ Anfang der 1990er Jahre strichen die Länder damals auf Druck von Ärztelobby und Hochschulen gut ein Fünftel der Studienplätze im Fach Medizin. Während es in den 1980er Jahren allein in Westdeutschland rund 12 000 Medizinstudienplätze gab, sind es heute in Gesamtdeutschland nur noch 9 000. Der Bundesgesundheitsminister plant nun gemeinsam mit dem NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart einen „Mediziner-Pakt“ zwischen Bund und Ländern. Die Studienplätze im Fach Medizin sollen um zehn Prozent erhöht werden; der Bund soll sich an den Kosten für die zusätzlichen Plätze beteiligen.

Gefordert: Attraktivere Arbeitsbedingungen

Dem KV-Bundesverband zufolge gibt es genug Medizin-Studierende. Ein großer Anteil würde aber eine Stelle in Wirtschaft oder Verwaltung vorziehen, anstatt als Arzt zu prak-

tizieren. Um den Ärztemangel auf dem Land zu beheben, schlagen die KV-Funktionäre vor, Studierende verstärkt in ihren Heimatorten anzuwerben, da sich Hausärzte häufig dort niederließen, wo sie aufgewachsen sind.

Die Bundesärztekammer – Interessenvertreterin aller Ärzte – sieht das Hauptproblem in schlechten Arbeitsbedingungen und der als ungerecht empfundenen Bezahlung für Ärzte an Kliniken: Etwa jeder fünfte Absolvent würde erst gar nicht in eine Ausbildung am Krankenhaus einsteigen. Jeder Arzt, der sich niederlassen will, muss aber eine fachärztliche Weiterbildung vorweisen. Für mehr Hausärzte müsste die Fortbildung an den Krankenhäusern daher stärker auf Allgemeinmedizin ausgerichtet werden.

Viele Absolventen würden zudem auswandern: Laut Ärztekammern sind 2008 über 3 000 Ärzte ins Ausland gegangen. Familienfreundlichere Arbeitszeiten – über 60 Prozent der Medizin-Studierenden sind Frauen – und höhere Einkünfte könnten aus Kammersicht den Arztberuf attraktiver machen; ausgebildete Ärzte müssten dann nicht in andere Berufsfelder oder Länder abwandern.

Entbürokratisierung und (Un-)Selbständigkeit

Die vor Ort tätigen Mediziner beklagen die strenge Reglementierung und Budgetierung im deutschen Gesundheitswesen. Immerhin kann ein Arzt, der die Obergrenze bei der Verschreibung von Arznei- und Heilmitteln über-

schreitet, in Regress genommen werden: Er muss die entstandenen Mehrausgaben erstatten und haftet sogar mit seinem Privatvermögen. Bürokratieabbau könnte den Arztberuf also attraktiver machen.

Gemeinschaftspraxen könnten den Weg in die Selbständigkeit erleichtern, weil sich mehrere Ärzte die Praxisräume und die Ausstattung mit medizinischen Geräten teilen, was mit weniger finanziellem Aufwand verbunden ist. In den 2004 eingeführten „Medizinischen Versorgungszentren“ sind Ärzte unterschiedlicher Fachgebiete als Angestellte beschäftigt; sie tragen kein unternehmerisches Risiko. Um die ärztliche Versorgung insbesondere auf dem Land zu verbessern, schlägt der Bundesgesundheitsminister vor, dass Kommunen oder die zuständige KV dort „Eigenpraxen“ eröffnen, in denen Ärzte zunächst als Angestellte arbeiten und die ihnen später zur Übernahme angeboten werden. Außerdem sollen mehr Filialen erlaubt werden; derzeit darf ein niedergelassener Arzt maximal zwei Praxen mit angestellten Ärzten eröffnen.

Planen und Steuern als Lösung?

Der Bundesgesundheitsminister ist sicher: Eine flächendeckende ärztliche Versorgung erfordert eine „zeitgemäße Steuerung“. Das will er vor allem mit der „Landarztquote“ erreichen. Aber: Wie hoch soll diese Quote sein? Unklar ist auch, wie viele Ärzte auf dem Land tatsächlich fehlen. Die „gefühlte“ Unterversorgung sei je-

denfalls höher als die statistisch ausgewiesene. Dabei stützt sich Philipp Rösler auf Zahlen von Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen, deren Bedarfsplanung er gleichzeitig kritisiert. Die aktuelle Bedarfsplanung, der das Basisjahr 1990 zugrunde liegt, gebe den tatsächlichen Versorgungsbedarf nur unzureichend wieder. Ein zusätzlicher Demographie-Faktor soll deshalb in Zukunft für verlässlichere Ergebnisse sorgen.

Festzuhalten ist: Politik und Interessengruppen geben vor zu wissen, wann wie viele Ärzte an welchem Ort fehlen werden. Doch bis die geplante Reform greift, wird viel Zeit vergehen: Ein Medizinstudium dauert rund sechs Jahre, dazu kommt die Facharztausbildung, die nochmal so lange dauern kann. Vielleicht werden in zehn, zwölf Jahren aber weniger Ärzte auf dem Land benötigt. Sei es, weil die medizinische Versorgung anders organisiert wird; sei es, weil Absolventen plötzlich die Vorzüge des Landlebens entdecken. Wird die Politik dann eine „Stadtarztquote“ einführen und die Studienplätze wieder streichen, die zuvor zusätzlich errichtet wurden? Wenn die Abschaffung des NC für Medizin durch eine staatlich festgelegte Landarztquote ersetzt wird: Ist das mit einer „zeitgemäßen Steuerung“ gemeint? Unbeantwortet bleibt zu guter Letzt auch, inwieweit eine Erhöhung der Studienplätze die ärztliche Versorgung auf dem Land sichern hilft.

Natalie Furjan



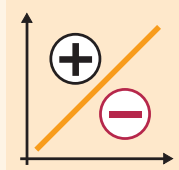
„Kampf um eine Macht und die aus dieser Macht erwachsende Eigenverantwortung für seine Sache ist das Lebenselement des Politikers wie des Unternehmers.“

Max Weber

IM KLARTEXT

Mai 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Auf den ersten Blick ist die Tendenz auf dem Arbeitsmarkt erfreulich: Im April des Vorjahres lag die Zahl der Männer und Frauen ohne Arbeit um 178 000 höher als im April 2010. Doch der schöne Schein trägt. Seit dem Frühjahr letzten Jahres zählen die Arbeitsagenturen aufgrund rechtlicher Regelungen anders. Seitdem fallen Arbeitsuchende, die von Privatvermittlern in Arbeit gebracht werden sollen, aus der offiziellen Statistik. Ohne diese Änderung würde die aktuelle April-

Statistik rund 8 000 arbeitslose Menschen mehr ausweisen als im April 2009.

Eigenverantwortung



Das Statistische Bundesamt hat für 2009 rund 860 000 Unternehmensgründungen re-

Gründungsbilanz

	Unternehmens-	
	anmeldungen	abmeldungen
2000	755 127	662 743
2001	728 978	645 161
2002	723 333	645 690
2003	810 706	653 123
2004	960 533	677 646
2005	895 144	708 253
2006	881 791	710 181
2007	845 561	709 130
2008	833 281	732 275
2009	864 415	728 318

Quelle: Statistisches Bundesamt

gistriert. In der aktuellen Statistik besonders bemerkenswert: Im Krisenjahr wurden rund 154 000 Betriebe gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen; das waren drei Prozent mehr als im Vorjahr. Das Gründungsgeschehen trotz Krise zeige, dass die von

der Politik beklagte mangelhafte Kreditversorgung noch keine ernsthaften Probleme verursache.

Geldwertstabilität

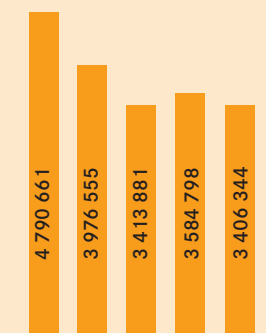


Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist zur Staatsschulden- und damit auch zur Euro-Krise geworden. Das zeigt sich in einigen Ländern der Europäischen Währungsunion – allen voran Griechenland, gefolgt von Portugal, Spanien, Irland und Italien – besonders deutlich. Und während die Regierungen der Euro-Länder Finanzhilfen für Griechenland auf den Weg bringen, sinkt an den Devisenmärkten das Vertrauen in den Euro weiter. Seit Bekanntwerden der „griechischen Tragödie“ im Herbst 2009 hat der Euro rund 15 Prozent gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren. Das macht zwar europäische Exporte in den Dollar-Raum günstiger und damit wettbewerbsfähiger. Zugleich verteuert der schwache Euro aber Rohstoffe wie Erdöl und Metalle, die in Dollar bezahlt werden müssen. Das wird sich früher oder später in der Teuerungsrate niederschlagen;

Ökonomen sprechen von einer „importierten Inflation“.

Anfang Mai wurde ein Euro mit 1,27 US-Dollar bewertet. Das ist im langfristigen Vergleich wenig spektakulär: Immerhin startete die Gemeinschaftswährung 1999 einst bei 1,18 US-Dollar pro Euro und lag seitdem die meiste Zeit unter dem derzeitigen Kurs. Beunruhigend ist allerdings die Geschwindigkeit der Abwertung. Daran dürfte die Krisenpolitik der EU großen Anteil haben. Sowohl die Regierung Deutschlands – immerhin das wirtschaftliche Schwergewicht Europas – als auch die für die Geldpolitik zuständige Europäische Zentralbank haben einen klaren Kurs vermissen lassen.

Arbeitslose



jeweils April

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Wechselkurs

jeweils Jahresdurchschnitt; für einen € gab es ... US-\$

1999	1,0658
2001	0,8956
2003	1,1312
2005	1,2441
2007	1,3705
2009	1,3904
6. Mai 2010	1,2727

Quelle: Deutsche Bundesbank

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: Dr. Philipp Rösler (innen), picture alliance

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard